
3654/AB XXII. GP

Eingelangt am 10.02.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundeskanzler

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Schieder, Kolleginnen und Kollegen haben am 12. Dezember 2005 unter der **Nr. 3707/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend CIA-Flüge über Europa gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 11:

Seit meiner Begegnung mit Präsident Bush am 8. Dezember haben die USA wichtige Signale in Richtung Beachtung der humanitären und menschenrechtlichen Regeln gesetzt, etwa durch die Zustimmung von Präsident Bush zur Verankerung des Verbots von Folter und Mißhandlung für US-Personal im Wege des sog. „McCain-Amendments“.

Bei diesem Gespräch wurde die Frage möglicher CIA-Aktivitäten in Europa ausführlich besprochen, daher handelte es sich bei dieser Frage um kein „Randthema“. Dabei hat Präsident Bush die Medienberichte über mögliche geheime CIA-Lager und CIA-Flüge über Europa sehr schnell offen angesprochen. Ich selbst habe auch die Frage allfälliger CIA-Überflügen über Österreich thematisiert.

Zu den Fragen 12 bis 16:

Das Gespräch im Weißen Haus gestaltete sich sehr offen und engagiert, wobei das Folterverbot völlig außer Streit stand. Präsident Bush hat die Achtung der Menschenrechte und die Ablehnung von Folter ausdrücklich betont und unterstrichen, daß sowohl die Genfer Konvention als auch das Internationale Übereinkommen gegen Folter anzuwenden sind. Präsident Bush führte in diesem Zusammenhang lediglich aus, daß es angesichts der Ausrichtung der Genfer Konvention auf die klassische Kriegsführung zwischen Staaten, nicht jedoch auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, rechtliche Grauzonen gebe.

Ich habe insbesondere betont, daß - bei völliger Unterstützung international koordinierter Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus - die volle Achtung menschenrechtlicher Standards, wie sie insbesondere in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, im Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte sowie im Internationalen Übereinkommen gegen Folter verankert sind und die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren weltweit und ohne Einschränkung gelten müsse. Niemand darf im rechtsfreien Raum stehen.

Österreich als EU Präsidentschaft wird noch in diesem Monat konkrete Gespräche führen, um den Dialog mit den USA über die Anwendung aller menschen- und humanitätsrechtlichen Normen im Kontext des Kampfes gegen den Terrorismus zu vertiefen.

Zu den Fragen 17 bis 19:

Die österreichische EU Ratspräsidentschaft unterstützt die Bemühungen des Europarates, insbesondere die Arbeit des Berichterstatters Dick Marty, in der Frage der menschenrechtswidrigen Verbringung von Personen in Europa und in der Frage geheimer, illegaler Anhaltelager in Europa völlige Klarheit zu schaffen. Dasselbe gilt für parallele Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Parlaments.